

Frank Spengler/
Anneke Müller

Kreistags- und Senatswahlen in Tschechien

In der Tschechischen Republik fanden im November 2000 Senatswahlen statt, bei denen ein Drittel der Senatoren neu bestimmt wurde. Parallel dazu wurden auch die ersten Kreistagswahlen durchgeführt. Durch die Neubesetzung der 27 Mandate in der zweiten Kammer des tschechischen Parlaments verloren die Bürgerlichen Demokraten (ODS) und die Sozialdemokraten (CSSD), die durch den „Oppositionsvertrag“ – die Sozialdemokraten bilden eine Minderheitsregierung, die von der ODS auf der Grundlage von sogenannten Oppositionsverträgen toleriert wird – verbunden sind, ihre Mehrheit. Als eindeutiger Sieger ging die Viererkoalition, ein Zusammenschluss der Christlich-Demokratischen Union, der Tschechoslowakischen Volkspartei (KDU-CSL), der Freiheitsunion (US), der Demokratischen Union (DEU) und der Bürgerlich-Demokratischen Allianz (ODA), aus den Senatswahlen hervor. Auch in den Kreisen wählten die Bürger überwiegend liberal-konservativ. Die ODS wurde stärkste Partei, die Sozialdemokraten konnten sich nur als vierte Kraft hinter den Kommunisten auf dieser Ebene etablieren. Die geringe Wahlbeteiligung deutet jedoch auf ein erhebliches Informationsdefizit der Bevölkerung über die Gebietsverwaltungsreform hin. Beide Urnengänge waren wichtige Tests für die im Jahre 2002 anstehenden Abgeordnetenhauswahlen.

■ Die Gebietsverwaltungsreform

Seit dem Jahre 1992 diskutieren die Politiker in der Tschechischen Republik über die Umsetzung des in der Verfassung verbürgten Rechts der Städte, Gemeinden und Kreise auf Selbstverwaltung. Auf der kommunalen Ebene ging es dabei vor allem um Fragen der Finanzhoheit. Das zentralistische Erbe aus kommunistischer Zeit soll durch eine Gebietsverwaltungsreform endgültig überwunden werden.

Gewählte Selbstverwaltungsorgane existieren in Tschechien bisher nur auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Die Bindeglieder zwischen der Zentralregierung und den Kommunen stellen bisher noch die Bezirksamter (*okresní úřady*) dar, die als verlängertes Arm der Regierung wirken. Ziel der Verwaltungsreform ist die Einrichtung neuer Selbstverwaltungsorgane zwischen kommunaler Ebene und Zentralstaat: die Kreisverwaltungen. Bis zum Jahre 2003 sollen schrittweise alle bisherigen Kompetenzen der Bezirksamter auf die Städte und Gemeinden und die neuen Gebietskörperschaften übertragen werden.

Am 1. Januar 2000 wurden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes „über die höheren Selbstverwaltungseinheiten Nr. 347/1997“ formell 14 Kreise in Tschechien eingerichtet. Strukturen und Kompetenzen der Kreise wurden im März 2000 durch die Verabschiedung von weiteren acht Gesetzen festgelegt.¹⁾ Die Konstituierung der Organe der Kreisverwaltungen sollte aber erst nach den Wahlen für die Kreistage am 12. November 2000 erfolgen.

Die von der tschechischen Regierung vorgelegten Gesetzesentwürfe wurden im Abgeordnetenhaus mit

den Stimmen der Viererkoalition verabschiedet. Die Kommunisten enthielten sich weitgehend einem Votum und die ODS stimmte dagegen. Die Partei von Prof. Václav Klaus, dem von den anderen Parteien eine prinzipielle Ablehnung der Ausweitung der Selbstverwaltungsorgane vorgeworfen wird, begründete den Widerstand gegen die Reform damit, dass so der Wasserkopf der Bürokratie nicht verkleinert werde, sondern nur eine Kompetenzumverteilung zwischen der Zentralregierung und der gewählten Selbstverwaltung stattfinde. Die ODS kritisierte ferner, dass die neuen Kreistage mit den ihnen zugestandenen Initiativrechten durch eine mögliche Vorlage vieler Gesetzesentwürfe die Arbeit der Regierung blockieren könnten. Sollten die Kreistage und die Regierung einer unterschiedlichen politischen Richtung angehören, würde dies zu zusätzlichen Problemen führen. Die ODS befürchtet ferner, dass die Haushalte der Ministerien nicht gekürzt würden und zusätzliche Staatsausgaben für die Kreisverwaltungen entstünden. Die ODS schlug vor, in den kommenden zwei Jahren zunächst einen Probelauf für die beabsichtigte Dezentralisierung durchzuführen.

Die »SSD bezeichnete die Reform hingegen als einen entscheidenden Schritt der Annäherung der Tschechischen Republik an die Europäische Union (EU). Die neue Selbstverwaltungsstruktur solle bürgernahe Entscheidungen und eine effektivere Nutzung und Kontrolle staatlicher Finanzmittel garantieren.

■ **Zusammensetzung und Kompetenzen der Kreisorgane**

Das Wahlrecht zu den Kreistagen („Gesetz über die Wahlen zu den Kreisvertretungen“, Nr. 130/2000) basiert weitgehend auf der „Novelle des Wahlgesetzes vom 26. Mai 2000“. Ziel der Gesetzesänderung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist es, durch die Anwendung des Divisorenverfahrens für die Stimmenverrechnung eine Stärkung der größeren Parteien zu erreichen und so stabile Mehrheiten zu bekommen. Präsident Havel hat gegen die Gesetzesvorlage Verfassungsbeschwerde eingereicht. Mit einem Urteil der Verfassungsrichter wird aber erst im Jahre 2001 gerechnet.

Da in den Wahlkreisen für die Kreistage aber je nach Einwohnerzahl 45 bis 65 Mandate zur Abstimm-

1) S. dazu die Anlage: Die tschechischen Kreise in Zahlen, *Prager Zeitung* vom 6. April 2000.

mung anstehen, sind die großen Parteien trotz der neuen Stimmenverrechnung nicht begünstigt, wie es im Falle der Wahlen zum Abgeordnetenhaus (fünf bis acht Mandate pro Wahlkreis) entsprechend dem umstrittenen neuen Wahlgesetz möglich wäre. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Sperrklausel für die Kreistagswahlen sowohl für die einzelne Partei als auch für Koalitionen auf fünf Prozent der abgegebenen Stimmen festgelegt wurde. Die Bewerber der Viererkoalition kandidierten trotzdem auf gemeinsamen Listen. Bei den Wahlen zu den Kreisvertretungen können nur Parteien Wahllisten aufstellen, jedoch dürfen auf diese Listen auch Parteilose aufgenommen werden. Die Kreistagswahlen finden alle vier Jahre statt.

■ **Zusammensetzung und Kompetenzen der Kreistage**

Der Kreisrat, der sich je nach Einwohnerzahl aus neun bis elf Mitgliedern zusammensetzt und von einem Hauptmann geleitet wird, repräsentiert die Exekutive der Kreise. Der Kreisrat wird von der Kreisvertretung mit einfacher Mehrheit berufen und abberufen. Die administrativen Weisungen der beiden oben genannten Organe setzt das Kreisamt um.

Die Kompetenzen werden von der Ebene der Ministerien und der Bezirksämter auf die Kreistage übertragen bzw. neu definiert. Auch künftig darf die Ausdehnung der Kompetenzen der mittleren Ebene nur auf Kosten der staatlichen Zentralverwaltung umgesetzt werden. Nach der tschechischen Verfassung dürfen die Befugnisse der Gemeinde nicht beschnitten werden. Die Kreisvertretung entscheidet mit einfacher Mehrheit.

Die wichtigsten Kompetenzen der Kreistage sind:

- dem Abgeordnetenhaus Gesetzesentwürfe vorlegen zu können,
- im Bereich der eigenen Kompetenzen im Rahmen der Gesetze verbindliche Anordnungen erlassen zu können,
- Verabschiedung des Haushalts des Kreises,
- Verkehrs- und Kulturpolitik (Unterhaltung und Einrichtung der Mittelschulen und höheren Fachschulen, Straßenverwaltung, Pflege der Kulturinstitutionen, Denkmalschutz),

- Billigung der Entwicklungsprogramme (Verantwortung für den Flächennutzungsplan) und der Zuschüsse aus dem Kreisetat an die Gemeinden,
- Berufung und Abberufung des Hauptmanns und des Kreisrates sowie die Festlegung ihrer Aufgaben,
- Zuständigkeiten für die Zusammenarbeit mit Selbstverwaltungseinheiten anderer Staaten,
- Verwaltung von Krankenhäusern und Einrichtungen der Sozialpflege.

■ Die Stellung der Bürger gegenüber den Kreisverwaltungen

Die Reform erweitert die Möglichkeiten der Bürger zur Kontrolle und Einflussnahme auf die Kreisverwaltung:

- Der Kreistag ist verpflichtet, eine Petition von mindestens 1000 Bürgern innerhalb von 30 Tagen nach Vorlage zu behandeln und danach eine schriftliche Antwort binnen 15 Tagen anzufertigen.
- Die Bürger können an den Tagungen der Kreisvertretungen teilnehmen und haben im Einvernehmen mit der Tagungsordnung ein Rederecht.
- Das Sitzungsprotokoll des Kreisrates, die Finanzbuchhaltung und der Haushalt des Kreises müssen auf Antrag veröffentlicht werden.
- Auf Antrag von mindestens 1000 Bürgern kann – vorausgesetzt, der Kreistag stimmt zu – eine Prüfung der Finanzen des Kreises veranlasst werden.

■ Finanzierung der Reform und Minderheitenrechte

Die Einrichtung der Kreisverwaltung wird rund 2,3 Milliarden und ihr Betrieb jährlich etwa 600 Millionen tschechische Kronen kosten. Die langfristige Finanzierung der Gebietsverwaltungsreform ist noch nicht gesichert. Die Umverteilung der Steuern muss noch durch ein Gesetz präzisiert werden. Das ist sicherlich nicht von geringerer politischer Bedeutung als die Reform selbst.

In Gemeinden, in denen der Anteil der ethnischen Minderheiten über 20 Prozent beträgt, können die amtlichen Verkehrs- und Hinweistafeln zweisprachig ausgeschrieben werden.

■ Verwaltungsreform im Kontext des EU-Beitritts

Im Rahmen der Angleichung der tschechischen Gesetze an den *Acquis Communautaire* fällt eine Verwaltungsreform zwar prinzipiell in den Zuständigkeitsbereich der Nationalstaaten, trotzdem soll die Verwaltungsreform auch den EU-Anforderungen entsprechen.

In dieser Hinsicht hat die Reform ein großes Defizit. Die Größe der neuen Kreise entspricht nicht dem Eurostats-Klassifikationssystem, das mit den Einheiten der *Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques* (NUTS) operiert. Die Strukturpolitik der EU basiert auf diesen Einheiten. Damit die tschechischen Kreise zukünftig von der EU überhaupt Finanzhilfe beantragen können, hat die Regierung die 14 Kreise noch in acht „Kohäsionsregionen“ zusammengefasst, die den NUTS 2-Einheiten der Eurostat-Klassifikation entsprechen. Dies hat nicht nur zusätzliche administrative Komplikationen zur Folge, sondern erhöht unnötig die Rivalität zwischen den Kreisen. Bemängelt wird von den Kritikern der Reform auch die fehlende Kooperationsbereitschaft der Kreise zur Durchführung gemeinsamer Projekte sowie ihre unzureichenden Ressourcen zur Finanzierung und Entwicklung von Projekten mit Partnerregionen in der EU. Im Vergleich zur Tschechischen Republik wurden in dem nach der Einwohnerzahl vier Mal größeren Polen nur 16 höhere Selbstverwaltungseinheiten gebildet.

■ Vergleich der regionalen Untergliederung in Tschien, Deutschland und Österreich

	Fläche (1000 km ²)	Einwohnerzahl (Mio.)	Einwohnerzahl pro km ²	Anzahl der Regionen Kreis/Land	Ø Fläche der Regionen (1000 km ²)	Ø Einwohnerzahl pro Region (Mio.)
Tschechische Republik	78,9	10,30	131	14	5,63	0,74
Deutschland	356,7	82,07	230	16	22,29	5,12
Österreich	83,2	8,07	97	9	9,24	0,89

Quelle: Tschechischer Parlamentsbericht 4/2000

Die Öffentlichkeit verknüpft mit den Kreisvertretungen die Hoffnung, dass auf dieser Ebene eine neue Generation von Politikern heranwächst, die die heutige politische Repräsentation im Parlament und den zentralen Stellen in Prag ablösen wird. Gleichzeitig erwarten die Bürger, dass die Kreisvertreter durch die unmittelbare Nähe zum Wähler weitaus konsequenter gegebene Versprechen umsetzen werden. Heute schon genießen die Gemeindevertretungen ein wesentlich größeres Vertrauen als Abgeordnetenhaus, Regierung und Senat.

■ Ergebnisse der Kreistagswahlen

Am 12. November 2000 wurden in der Tschechischen Republik in 13 Kreisen erstmals Wahlen durchgeführt. Die Wahlbeteiligung betrug nur 33,72 Prozent. In Prag werden die Wahlen erst im Jahre 2002 stattfinden, da in diesem Kreis gerade erst Kommunalwahlen durchgeführt wurden.

Kreis	Viererkoalition in %	ODS in %	»SSD in %	KS»M in %	Unabhängige in %
Ústí	13,73	26,75	17,24	28,22	
Liberec	14,79	24,81	13,00	16,29	SPOS 9,23 HN 6,26
Karlsbad	19,10	27,82	16,39	22,37	
Pilsen	16,69	24,17	14,94	21,02	NEZ 10,49
Mittel- böhmen	21,30	28,76	15,84	21,93	
Budweis	22,52	25,84	13,43	19,44	SNK 10,59
Jihlava	25,46	18,85	11,47	20,00	SNK 12,93
Brünn	31,64	18,22	13,45	20,80	NPM 6,76
Zlín	31,36	18,46	15,12	16,30	ZHN 11,95
Olomouc	24,19	18,98	16,34	21,50	NEZ 9,36
Ostrava	16,77	26,51	15,56	24,98	SNK 5,54
Pardubice	29,37	24,54	13,37	17,46	SPK 5,60
Hradec Králové	26,23	26,85	13,18	17,99	

■ Die Ergebnisse der Wahlen im Überblick:

(NEZ, NPM, SPK, ZHN, SPOS, HN, SNK sind Abkürzungen der Bezeichnungen der Listen unabhängiger Kandidaten)

Quelle: Tschechisches Statistisches Amt (»SÚ)

Die regierenden Sozialdemokraten, von denen die Gebietsverwaltungsreform durchgesetzt wurde, erlitten in den ersten Kreistagswahlen eine katastrophale Niederlage. In den 13 gewählten Kreisvertretungen fanden sie sich in zwölf Kreisen hinter der ODS, der Viererkoalition und den Kommunisten wieder. Lediglich im Kreis Ústí nahmen sie den dritten Platz ein. Die ODS hingegen, die ursprünglich die stärksten Einwände gegen die Gebietsverwaltungsreform geäußert hatte, siegte in sieben Kreisen (Liberec, Karlsbad, Pilsen, Mittelböhmen, Budweis, Ostrava und Hradec Králové). In den Kreisen Jihlava, Brünn, Zlín, Olomouc und Pardubice nimmt die Viererkoalition den ersten Platz ein. Im nordböhmischem Kreis Ústí, der besonders von der wirtschaftlichen Umstrukturierung betroffen ist und wo die Arbeitslosigkeit im Lande am größten ist, gewannen die Kommunisten. Keine der Parteien hat in den neu entstandenen Kreisen die absolute Mehrheit der Sitze erreichen können.

Die ODS erlangte insgesamt 185 Mandate, dicht gefolgt von der Viererkoalition, die 171 Sitze besetzen wird, und den Kommunisten mit 161 Kreistagsabgeordneten. An vierter Stelle stehen die Sozialdemokraten mit 111 Mandaten. Wenig Vertrauen hatten die Wähler in die unabhängigen Kräfte, lediglich im Kreis Liberec kamen sie auf 15,49 Prozent.

■ Bewertung der Wahlen

Die Parteien der Viererkoalition traten erstmals bei Wahlen gemeinsam an und sind damit ihrem Ziel, sich als Alternative zur ODS und »SSD landesweit zu etablieren, einen entscheidenden Schritt näher gekommen.

Hinsichtlich der Koalitionsverhandlungen ist von besonderem Interesse, inwieweit die ehemaligen Regierungspartner sich erneut zusammenfinden und auf Kreisebene liberal-konservative Koalitionen eingehen²⁾ werden. In sieben Kreisen (Hradec Králové, Pardubice, Karlsbad, Mittelböhmen, Budweis, Brünn und Zlín) können ODS und Viererkoalition zusammen eine Mehrheit bilden.

Viele Experten hielten es ursprünglich für sehr wahrscheinlich, dass sogenannte Regenbogenkoalitionen, d.h. Koalitionen aus allen demokratischen Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten), gebildet

2) Im Dezember 1997 spaltete sich die ODS und ein Teil der Mitglieder gründete die Freiheitsunion (US). Bis zu der Regierungskrise im November 1997 koalierte die ODS mit der KDU-»SL und der ODA.

würden. Doch in der Mehrzahl der Kreise koalieren nun die ODS und die Viererkoalition. Dies wird die Arbeit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung auf nationaler Ebene weiter erschweren.

Von der Schwäche der Sozialdemokraten profitierten vor allem die Kommunisten (KS»M), obwohl diese Partei sich bis heute nicht von ihrer totalitären Vergangenheit distanziert hat. Ihnen gelang es offensichtlich, nicht nur einen Teil der von der Regierung enttäuschten Wähler an sich zu binden, sondern vor allem ihre Sympathisanten an die Wahlurnen zu bringen.

Für die künftige parteipolitische Entwicklung wird ebenfalls relevant sein, ob es eine Annäherung zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten geben wird. Eine Koalition zwischen »SSD und KS»M würde jedoch nur im Kreis Ústí zu einer Mehrheit führen.

In den meisten Kreisen wurden nach den Wahlen die Koalitionsgespräche aufgenommen, deren Ergebnisse aber erst Ende des Jahres 2000 vorliegen werden. ODS und Viererkoalition haben bereits Koalitionsverträge in den Kreisen Pardubice, Mittelböhmen, Brünn und Hradec Králové unterschrieben. In Jihlava suchen ODS und Viererkoalition gemeinsam einen geeigneten Koalitionspartner und müssen sich zwischen der »SSD und der Vereinigung unabhängiger Kandidaten entscheiden. Im Kreis Olomouc werden ODS, Viererkoalition und Unabhängige kooperieren. Ursprünglich sollte die »SSD einbezogen werden, deren Kooperationsbereitschaft mit den Kommunisten in der zweiten Runde der Senatswahlen ließ sie allerdings als Partner nicht mehr in Frage kommen. Dagegen verhandelt im Kreis Ostrava die ODS mit der Viererkoalition und der »SSD. Im Kreis Ústí akzeptierten die Sozialdemokraten als einzige Partei den Aufruf der Kommunisten zu Koalitionsverhandlungen. Allerdings haben in diesem Kreis die Unabhängigen in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist Klage gegen das Wahlergebnis eingereicht. Ihre Kandidaten kamen auf 4,92 Prozent.

Bei der Bildung der Koalitionen kommt es zu Verzögerungen in den Kreisen Budweis und Ústí. In beiden Kreisen werden die Verhandlungen durch die Diskussionen um die Kandidaten für das Hauptmannsamt erschwert, die die einzelnen Parteien

durchsetzen möchten (Ústí: jeweils ein Kandidat der ODS, »SSD und KS»M, Budweis: je ein Kandidat der ODS, Viererkoalition und der »SSD). Erschwerend kommt im Kreis Ústí noch hinzu, dass die Kommunisten die stärkste Kraft sind.

■ Koalitionen auf Kreis- ebene im Überblick

Kreis	Hauptmann	Koalition
Hradec Králové	Pavel Bradík (ODS)	ODS, Viererkoalition
Pardubice	Roman Líněk (4K)*	ODS, Viererkoalition
Olomouc	Jan Běezina (4K)	ODS, Viererkoalition, Unabhängige
Mittelböhmen	Petr Bendl (ODS)	ODS, Viererkoalition
Ostrava	Evæ en Topenovsk´ (ODS)	ODS verhandelt mit Viererkoalition und »SSD
Pilsen	Petr Zimmermann (ODS)	ODS verhandelt mit allen Parteien außer KS»M
Brünn	Wahrscheinlich Stanislav Juránek (4K)	Viererkoalition, ODS
Karlsbad	Wahrscheinlich Josef Pavel (ODS)	ODS verhandelt mit Viererkoalition und »SSD
Zlín	Wahrscheinlich Frantírek Slavík (4K)	Viererkoalition ver- handelt mit ODS und den Unabhängigen
Budweis	Noch unklar	
Ústí	Noch unklar	
Liberec	Wahrscheinlich Pavel Pavlík (ODS)	ODS verhandelt mit Viererkoalition und »SSD
Jihlava	Wahrscheinlich Frantírek Dohnal (4K)	Viererkoalition und ODS suchen dritten Koalitionspartner. Entweder »SSD oder Vereinigung der Unabhängigen Kandidaten.

* (4K=Viererkoalition)

■ Geringe Wahlbeteiligung

An den ersten Wahlen für die Kreisvertretungen nahm nur jeder dritte Wahlberechtigte (=33,72 Prozent) teil. Das offensichtliche Desinteresse der Bevölkerung führen politische Beobachter insbesondere auf die unzureichenden Informationen zurück. Den Bürgern sei viel zu wenig oder teils gar nicht erläutert worden, welche Bedeutung den künftigen Kreisvertretungen zukomme und welches Gewicht sie gegenüber den zentralen Vertretungen in Prag haben

werden. Die Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts STEM³⁾ bestätigten den Informationsbedarf in der Bevölkerung. So hatten 81 Prozent der Befragten keine Vorstellung davon, welche Kompetenzen die Kreisparlamente haben werden.

3) S. *Prager Zeitung*, vom 5. Oktober 2000.

Die Regierung, aber auch die Parteien, haben eindeutig zu wenig Aufklärungsarbeit geleistet. Zudem gingen die Medien des Landes erst wenige Wochen vor dem Urnengang auf das Thema Wahlen in die Kreisvertretungen und in den Senat ein, aktuelle Ereignisse – wie die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Prag – drängten dieses Thema an den Rand des öffentlichen Interesses. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Bürger bis heute nur in den seltensten Fällen wissen, welche Rolle und Aufgaben die Kreisvertretungen im demokratischen Aufbau des Staates übernehmen sollen.

Andererseits steht allerdings bis heute nicht endgültig fest, welche Aufgaben den Kreisen zufallen und wie sie schließlich finanziert werden sollen.

■ **Senatswahlen**

Die ersten Wahlen für den Senat wurden im November 1996 in 81 Wahlbezirken durchgeführt, die zweiten fanden 1998 statt. Zur dritten Runde waren die Bürger für den 12. und 19. November 2000 aufgerufen. Gewählt wird alle zwei Jahre je ein Drittel der Senatoren nach einem Rotationsprinzip. Es werden somit jeweils 27 Sitze neu vergeben. Die Senatoren werden in direkter Wahl bestimmt. Verfehlen die Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen, dann treten die beiden erstplatzierten Kandidaten in einem zweiten Wahlgang zu einer Stichwahl an.

Die rechtlichen Grundlagen des Senats sind die Bestimmungen der am 1. Januar 1993 in Kraft getretenen tschechischen Verfassung, die Elemente des tschechoslowakischen Grundgesetzes von 1920 übernahm. Für Staatspräsident Václav Havel sollte der Senat eine Art „Rat der Weisen“ darstellen, der den im Abgeordnetenhaus dominierenden Einfluss der politischen Parteien ausgleichen sollte. Einige Kommentatoren meinten aber damals, dass der Senat einzig als Ersatz für jene Politiker eingerichtet werden sollte, die im Sommer 1992 noch in das Föderations-

parlament der Tschechoslowakei gewählt worden waren und nach deren Auflösung ihr Mandat verloren hatten.

Laut Verfassung hat der Senat wenig Möglichkeiten der Politikgestaltung. Die Senatoren haben 30 Tage Zeit, um ein Gesetz, das die erste Kammer des Parlaments (Abgeordnetenhaus) passiert hat, zu prüfen und gegebenenfalls zurückweisen zu können. Es ist offensichtlich, dass sich in dieser Zeitspanne oft nur schwerlich über ein Gesetz ausreichend debattieren lässt. Immerhin hat der Senat in den ersten zwei Jahren (1996 bis 1998) von rund 200 Gesetzen 16 mit Änderungsaufgaben zurückgegeben. Allerdings nur in der Hälfte der Fälle war das Abgeordnetenhaus bereit, die Auflagen des Senats auch zu respektieren. Das Abgeordnetenhaus kann mit einfacher Mehrheit das Veto des Senats in der zweiten Runde überstimmen. Änderungen der Verfassung muss der Senat mit einer Dreifünftelmehrheit der anwesenden Senatoren zustimmen. Bei einigen wenigen elementaren Verfassungsbestimmungen ist für deren Änderung die Dreifünftelmehrheit aller Mitglieder des Senats notwendig.

Der diesjährigen Wahl für den Senat kam eine große politische Bedeutung zu. Letztlich ging es darum, ob die regierenden Sozialdemokraten (»SSD) und die oppositionelle ODS zusammen die Dreifünftelmehrheit erhalten oder ob sie gar die einfache Mehrheit im Senat verlieren würden. Wäre es der »SSD und der ODS gelungen, die Dreifünftelmehrheit im Senat zu gewinnen, wären Änderungen der Verfassung nicht auszuschließen gewesen. Darunter auch eine Reduzierung der Kompetenzen des Staatspräsidenten.

■ **Ergebnisse der Senatswahlen**

Insgesamt standen 27 Senatssitze zur Disposition. Davon zehn der ODS, neun der »SSD, sechs der Viererkoalition und jeweils ein Sitz der unabhängigen Kandidaten und der Kommunisten.

Bereits in der ersten Runde der Senatswahlen zeichnete sich für die regierenden Sozialdemokraten ein Fiasko ab, lediglich fünf Kandidaten der »SSD konnten sich danach noch Hoffnungen auf einen Sitz machen. Dagegen schickte die Viererkoalition 19 Kandidaten in die zweite Runde.

Josef Zieleniec, ehemaliger Außenminister und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der ODS in der Regierungszeit von Václav Klaus, wurde bereits am 12. November 2000 in Prag 4 mit einer reichlichen Mehrheit gewählt.

Die ODS schickte 18 Kandidaten in die zweite Runde und die Kommunisten schickten acht.

In der Stichwahl am 19. November 2000 standen sich folgende Parteivertreter gegenüber, in:
zwölf Wahlkreisen

die Kandidaten der Viererkoalition und der ODS,
vier Wahlkreisen

die Kandidaten der ODS und der KS»M,
vier Wahlkreisen

die Kandidaten der Viererkoalition und der KS»M,
drei Wahlkreisen

die Viererkoalition und der »SSD,
einen Wahlkreis

der Kandidat der »SSD und der ODS,
einen Wahlkreis

der Kandidat der ODS und ein Unabhängiger,
einen Wahlkreis

der Kandidat der »SSD und ein Unabhängiger.

Am 19. November 2000 fand, wie gesagt, die zweite Runde der Senatswahlen statt. Eindeutiger Gewinner war die Viererkoalition. Sie gewann 17, die ODS nur acht Sitze. Die »SSD errang lediglich einen Sitz. Damit haben die durch den Oppositionsvertrag verbundenen Parteien ODS und die regierenden Sozialdemokraten beachtliche Verluste hinnehmen müssen. Die Unabhängigen Kandidaten errangen ebenfalls nur einen Sitz und die Kommunisten gingen leer aus.

**■ Ergebnisse der Wahlen für
den Senat des Parlaments
der Tschechischen Republik
vom 19. November 2000**

Wahlkreis	Name	Parteiliste	Partei- mitglied	Stimmen Anzahl	in %
Sokolov	Jan HADRAVA	4K (US)	US	6 360	54,78
Chomutov	Alexandr NOVÁK	ODS	ODS	9 943	53,58
Rokycany	Luděk SEFZIG	ODS	unabhäng.	15 199	60,76
Domažlice	Petr SMUTNÝ	»SSD	»SSD	11 084	56,09
» Budějovice	Jiří POSPÍŠIL	ODS	ODS	10 290	51,86
Praha 12	Edvard OUTRATA	4K (US)	unabhäng.	12 659	62,25
Praha 4	Josef ZIELENIEC	4K (US)	unabhäng.	17 591	52,11
Praha 8	Alena PALEŠKOVÁ	ODS	ODS	8 759	51,65
Praha 2	Daniela FILIPIOVÁ	ODS	ODS	12 036	54,29
Litoměřice	Zdeněk BÁRTA	4K (KDU-»SL)	unabhäng.	19 104	66,91
Teplice	Jaroslav KUBERA	ODS	ODS	13 169	56,53
Jablonec	Soňa PAUKRTOVÁ	4K (US)	unabhäng.	11 096	51,38
Ml. Boleslav	Jaroslav MITLENER	ODS	ODS	12 814	50,21
Benetov	Helena RÖGNEROVÁ	4K (KDU-»SL)	unabhäng.	24 532	74,50
Chrudim	Petr PITHART	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	14 626	64,78
Náchod	Petr FEJFAR	4K (US)	US	12 495	62,37
Svitavy	Jiří BRÝDL	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	14 045	66,82
Třebíč	Pavel JANATA	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	16 611	65,08
Břeclav	Vladimír SCHOVÁNEK	4K (US)	US	18 191	67,38
Brno	Milan © IMONOVSKÝ	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	11 475	65,01
Prostějov	Robert KOLÁŘ	4K (US)	US	17 359	58,10
©umperk	Adolf JÍLEK	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	8 539	58,75
Opava	Josef JAŘAB	4K (ODA)	unabhäng.	10 697	57,09
Ostrava	Milan BALABÁN	ODS	ODS	10 317	57,53
Karviná	Ondřej FEBER	4K (US)	US	10 734	51,66
Vsetín	Jaroslav KUBÍN	unabhängig	unabhäng.	14 644	71,17
Zlín	Jiří STODÝLKA	4K (KDU-»SL)	KDU-»SL	10 648	51,01

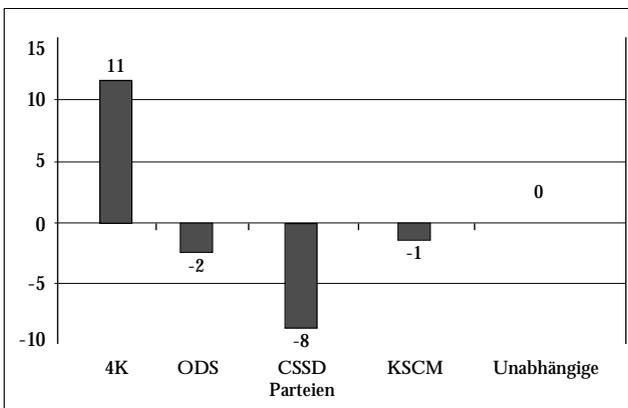
Vor den Wahlen besetzten die Fraktionen von KDU-»SL, US und ODA 28 Sitze, die ODS 24, die »SSD 23, die KS»M vier und die Unabhängigen zwei. Nach den Wahlen sieht die Verteilung wie folgt aus:

Parteien	Sitze
Viererkoalition	39
ODS	22
»SSD	15
Unabhängige	2
KS»M	3

■ Sitzverteilung im Senat des tschechischen Parlaments

(Stand 1.12.2000)

Die Gewinne und Verluste der Parteien in einer Grafik:



■ Neue Mandate nach den Senatswahlen 2000 (im Vergleich zu den Senatswahlen 1998)

ODS und »SSD repräsentieren nun nicht mehr die Mehrheit im Senat. Schon 1999 hatten beide Parteien durch den Tod des ODS-Senators Václav Benda die verfassungsändernde Mehrheit nicht mehr inne gehabt, da an Stelle des ODS-Kandidaten der unabhängige Kandidat Václav Fischer mit mehr als 70 Prozent der Stimmen für Prag 1 gewählt wurde.

Bis zu den Wahlen verfügten ODS und »SSD über 48 Mandate im Senat, es fehlte ihnen damit genau eine Stimme zur Dreifünftelmehrheit. Wunsch der beiden Parteien war es daher, dass in wenigstens 21 von 27 Wahlkreisen ihre Kandidaten siegreich sein werden, um so die verfassungsändernde Mehrheit zurückzuerlangen. Nun haben »SSD und ODS sogar die einfache Mehrheit verloren. Die Viererkoalition

hingegen verfügt mit ihren 39 Stimmen und den beiden unabhängigen Senatoren (Václav Fischer und Jaroslav Kubín), die der Viererkoalition nahestehen, über die einfache Mehrheit. Es gibt noch keine Entscheidung darüber, ob die Mutterparteien der Viererkoalition eine gemeinsame Fraktion bilden werden. Es ist auch noch nicht sicher, ob alle unabhängigen Kandidaten, die über die Parteilisten gewählt wurden, auch deren Fraktionen beitreten werden. Um einen Fraktionsstatus im Senat zu erhalten, müssen sich mindestens fünf Senatoren zusammenschließen.

Der Parlamentspräsident und ODS-Vorsitzende Václav Klaus äußerte seine Enttäuschung über den Wahlausgang gegenüber den Medien nicht direkt. Er erklärte, dass der Senat verändert werden müsse, weil die geringe Wahlbeteiligung – 33,72 Prozent in der ersten Runde und 21,56 Prozent in der zweiten Runde – zeige, dass die Wähler die zweite Kammer in dieser Form nicht wollen.

Eine Enttäuschung ist für die ODS die Abwahl der Senatspräsidentin Libuše Benešová, die in der zweiten Runde nur 25,5 Prozent der Stimmen erhielt und damit gegen die unabhängige Kandidatin der Viererkoalition, Helena Rögnerová, die 74,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, verlor.

Von den prominenten Politikern konnte sich im ostböhmischen Chrudim Petr Pithart (Viererkoalition), stellvertretender Senatsvorsitzender, mit 64,78 Prozent der Stimmen gegen den Kandidaten der ODS, Petr Čipánek (35,21 Prozent) durchsetzen. In Prostějov erlitt Außenminister Jan Kavan (»SSD) mit 41,9 Prozent gegen den Kandidaten der Viererkoalition Robert Kolář (58,09 Prozent der Stimmen) eine Niederlage. Auch der »SSD-Kandidat Jiří Dienstbier, ehemaliger tschechoslowakischer Außenminister und heutiger Menschenrechtsbeauftragter der UNO für das ehemalige Jugoslawien, scheiterte mit 49,77 Prozent knapp gegen den Kandidaten der ODS, Jaroslav Mítlener (50,22 Prozent), in Mladá Boleslav.

Bereits in der ersten Runde schieden die beiden von der »SSD nominierten prominenten Kandidaten, Verteidigungsminister Vladimír Vetchý und Valtr Komárek, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei von 1990 bis 1992, aus.

Der Vorsitzende der »SSD, Zeman, wollte in der zweiten Runde die Stimmen der Kommunisten für seine Kandidaten gewinnen und führte dahingehend ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, GrebeníĚek. Der Schritt löste in der »SSD Irritierungen aus und mobilisierte Teile der konservativen Wählerschaft gegen das drohende Links-links-Bündnis.

■ Nur geringe Wahlbeteiligung

Bereits im September hatte das Meinungsforschungsinstitut STEM gemeinsam mit dem Tschechischen Statistischen Amt (»SÚ) ermittelt, wie hoch die Wahlbeteiligung voraussichtlich am 12. November sein werde. Schon zwei Monate vor der Wahl gaben lediglich 57 Prozent der Befragten an, „bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ wählen zu gehen (zum Vergleich: 1996 waren es immerhin noch 72 Prozent und 1998 74 Prozent, die angegeben hatten, wählen zu wollen). Tatsächlich traten aber 1996 nur 35 Prozent der Bevölkerung an die Wahlurnen und 1998 waren es 42 Prozent. Am zweiten Wahlgang nahmen jedoch 1996 nur noch 31 Prozent teil, und 1998 waren es lediglich 20 Prozent⁴⁾.

4) S. *Prager Zeitung* vom 2. November 2000.

Die geringe Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Senatswahlen ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Bürger des Landes enttäuscht von der aktuellen Politik sind und die Hoffnung aufgegeben haben, mit ihrer Wahlentscheidung Veränderungen durchsetzen zu können. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird zu einem Teil durch die „Oppositionsverträge“ zwischen der regierenden »SSD und der ODS hervorgerufen. Dieses Abkommen steht im Gegensatz zum Wählerauftrag. Die Tschechen hatten sich in den Parlamentswahlen vor zwei Jahren eigentlich für eine konservativ-liberale Koalition ausgesprochen.

Auch deuten wiederholte Umfragen darauf hin, dass der Senat von einem Großteil der Bevölkerung als teures Organ für ausgediente Politiker angesehen wird, dem es darüber hinaus an Entscheidungskompetenz mangle.

■ Politische Bewertung

Das schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten sorgte für große Enttäuschung und Ratlosigkeit in

den eigenen Reihen. Immerhin geht es mit der tschechischen Wirtschaft wieder langsam aufwärts. Davon konnte die Partei allerdings beim Wähler bei diesen Wahlen nicht profitieren. Die Öffentlichkeit nahm vielmehr einen Ministerpräsidenten Zeman wahr, der eher durch ein befremdendes Vokabular und zahlreiche verbale Konflikte mit den Medien auffiel. In der Partei wurde Zeman im Wesentlichen von der ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden Buzková kritisiert, die ihm vorwarf, mit dem Kooperationsangebot an die KS»M der eigenen Partei ernsthaft geschadet zu haben. Auch der »SSD-nahe Senator und Gewerkschaftschef Richard Falbr (parteilos) wurde deutlich und sprach aus, was sicherlich viele denken: „Die Schuld an dem Wahldebakel der Partei trägt deren Vorsitzender Miloš Zeman“. Der stellvertretende Ministerpräsident und stellvertretende Vorsitzende der »SSD, Vladimír Čižka, befand, dass die »SSD den Wählern ihre „Erfolge beim Herausführen des Landes aus der Wirtschaftskrise“ nicht genügend vermittelt habe.⁵⁾ In der Öffentlichkeit nahm Zeman zwar die Schuld auf sich, doch will er keine direkten Konsequenzen ziehen. Die Parteispitze lehnte es ab, eine Diskussion um den Parteivorsitz vor dem nächsten Parteitag im April 2001 zu führen, auf dem Zeman ohnehin nicht mehr für den Vorsitz kandidieren wird.

Für die »SSD birgt die Diskussion um die Nachfolge Zemans weiteren Sprengstoff. Es gilt aber als sicher, dass Vladimír Čižka, Vizepremierminister und Minister für Arbeit und Soziales, zum neuen Vorsitzenden gewählt wird.

Der außenpolitische Experte der »SSD, Luboš Zaorálek, äußerte in einem Interview für die Tageszeitung *Právo*⁶⁾, dass sich die Partei ihre „natürlichen Partner“ suchen müsse, dazu gehöre die Viererkoalition. Doch wird es in den nächsten Parlamentswahlen nicht entscheidend sein, wer für die »SSD als Partner in Frage kommt, sondern es wird vielmehr von dem Wahlsieger abhängen, ob er mit der unter Miloš Zeman diskreditierten Partei überhaupt koalieren will.

Der Wahlsieger, die Viererkoalition, wird im Senat dank der neuen Mehrheitsverhältnisse personell deutlicher in Erscheinung treten. Voraussichtlich wird der künftige Senatspräsident aus der Viererkoalition kommen (ein möglicher Kandidat ist Petr Pithart).

5) S. *Prager Zeitung*,
16. November 2000.

6) S. *Právo*, 10. November 2000.

Die Viererkoalition rief die sozialdemokratische Minderheitsregierung auf, im Abgeordnetenhaus die Vertrauensfrage zu stellen, was aber mit den Stimmen der ODS, der KS»M und der »SSD abgelehnt wurde. Anfang des Jahres 2001 will die Viererkoalition den Spitzenkandidaten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus benennen. Von dem Nominierungsprozess für diese wichtige Position wird es auch abhängen, ob die Parteiengruppierung innerlich gefestigt oder durch interne Ränkespiele geschwächt in die nächsten Parlamentswahlen gehen wird. Seine Bereitschaft für die Kandidatur hatte der ehemalige Außenminister Josef Zieleniec unmittelbar nach seinem Erfolg bei den Senatswahlen erklärt. Allerdings stieß seine Initiative bei der KDU-»SL, neben der US einer der beiden großen Partner in der Viererkoalition, auf wenig Resonanz.

Die Bürgerlichen Demokraten werden wohl, trotz der Verluste bei den Senatswahlen, bis zu den nächsten Parlamentswahlen an den Oppositionsverträgen mit der »SSD festhalten. Der Vorsitzende der ODS erklärte jedoch gegenüber den Medien, dass die Wahlen zu großen Hoffnungen für eine zukünftige Regierung der Mitte-rechts-Parteien Anlass gäben.⁷⁾

7) siehe: *The Prague Post*, vom 22. bis 28. November 2000.

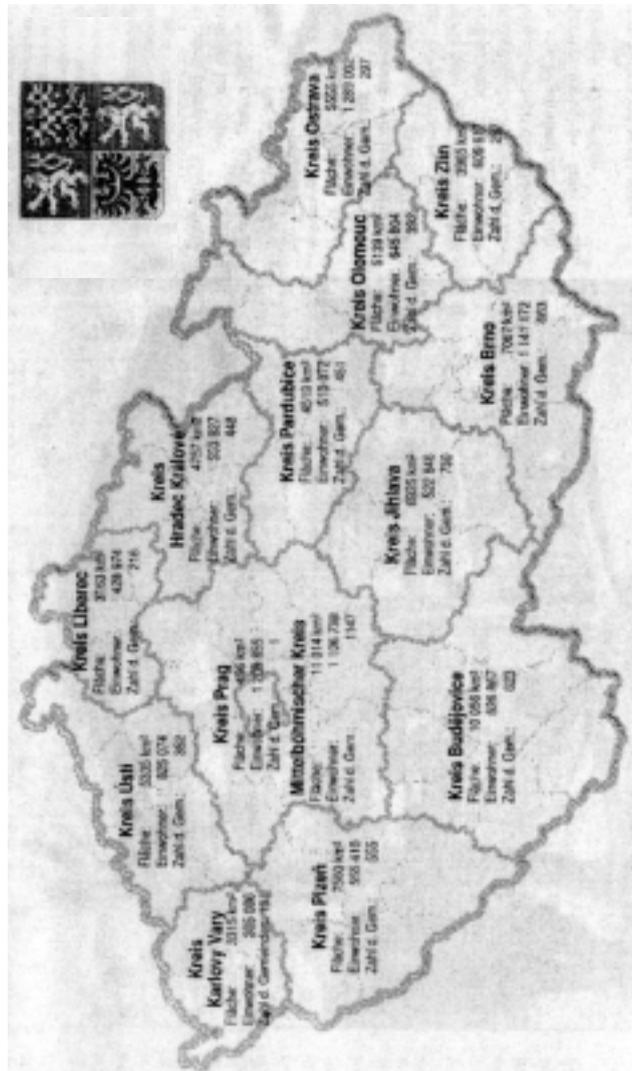
Die Kommunisten haben zwar einen Sitz im Senat verloren, doch gelang es ihnen, sich auf Kosten der »SSD zu profilieren. Sollte sich der Erosionsprozess bei den sozialdemokratischen Wählern fortsetzen, dann besteht die Gefahr, dass die Kommunisten in Tschechien in Zukunft zur führenden politischen Kraft des linken Spektrums werden.

Den extremen Parteien des rechten politischen Spektrums kam hingegen bei den Wahlen keine Bedeutung zu.

■ Abschließende Bemerkung

Die Senats- und Regionalwahlen haben gezeigt, dass die Bürger in Tschechien auch elf Jahre nach der „Samtenen Revolution“ weiterhin mehrheitlich Mitte-rechts-Parteien unterstützen. Es bleibt zu hoffen, dass auch im tschechischen Abgeordnetenhaus diese Parteien zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel intensivieren, aus den nächsten Wahlen gestärkt hervorzugehen und die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

■ Die tschechischen Kreise in Zahlen



Quelle: Prager Zeitung vom 6. April 2000

Das Manuskript wurde am 30. November 2000 abgeschlossen.